

Die Grundschule im deutschen Schulsystem

Marcel Helbig, Rita Nikolai

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Helbig, Marcel, and Rita Nikolai. 2024. "Die Grundschule im deutschen Schulsystem." In *Handbuch Grundschulpädagogik und Grundschuldidaktik*, edited by Margarete Götz, Andreas Hartinger, Friederike Heinzel, Joachim Kahlert, Susanne Miller, and Uwe Sandfuchs, 5. vollst. überarb. u. erw. Aufl., 50–55. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.
<https://www.utb.de/doi/abs/10.36198/9783838588360-34-173>.



2 Die Grundschule im deutschen Schulsystem

Marcel Helbig und Rita Nikolai

2019 war ein Jubiläumsjahr für die deutsche Schulgeschichte, denn 100 Jahre zuvor, im Jahre 1919 wurde die deutsche Grundschule begründet. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) im Deutschen Reich konnte nach dem ersten Weltkrieg eine gemeinsame vierjährige Lernzeit für alle Schulkinder durchsetzen. Mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919

und dem späteren Grundschulgesetz von 1920 wurden die (zumeist privaten) Vorschulen zur Vorbereitung auf den Gymnasialübergang abgeschafft und alle Kinder mussten fortan die ersten vier Jahre der Volksschule besuchen. Kinder aus wohlhabenden Schichten konnten sich nicht mehr mit dem Besuch von Vorschulen oder durch den häuslichen Unterricht von Hauslehrkräften einem gemeinsamen Schulbesuch entziehen. Eine Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schulformen war nun erst zur fünften Klasse vorgesehen. Das „Gründungsversprechen“ (Götz & Vogt 2019) der Grundschule war, dass diese eine Institution sein sollte, in der Kinder aller sozialen Schichten zusammenkommen. Unabhängig vom Bildungshintergrund und Geldbeutel ihrer Familien sollten Kinder aus einem Wohnviertel gemeinsam in den ersten vier Jahren Schulzeit unterrichtet werden. Die SPD hätte gerne eine längere gemeinsame Schulzeit gehabt, doch war dies gegen die anderen Parteien in der Weimarer Nationalversammlung und später im Parlament nicht durchsetzbar (Nikolai & Helbig 2019). Doch der Schulkompromiss galt nicht für alle Kinder, denn Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurden zumeist nach wie vor in den sogenannten Hilfsschulen beschult.

An dem Kompromiss einer vierjährigen gemeinsamen Grundschulzeit wird bis heute in den Schulsystemen der Bundesländer festgehalten (Ausnahme Berlin und Brandenburg mit der sechsjährigen Grundschule). Sowohl nach dem 2. Weltkrieg und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 sowie nach der Wiedervereinigung 1990 konnten sich die Befürworter:innen einer vierjährigen Grundschulzeit weiterhin durchsetzen. Zwar wurde in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik (1949-1990) zwischenzeitlich ein anderer schulstruktureller Pfad eingeschlagen und es wurde mit der Polytechnischen Oberschule ein längerer gemeinsamer Schulbesuch durchgesetzt (acht bzw. später zehn Jahre), doch dieser Pfad wurde mit der Wiedervereinigung gekappt (Helbig & Nikolai 2015). Wie vehement immer wieder in der deutschen Schulgeschichte um die Verlängerung der Grundschulzeit gestritten wird, zeigt nicht zuletzt der Hamburger Volksentscheid von 2010 (Edelstein & Nikolai 2013), in dem die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre verhindert wurde. Bis heute hat die Gestalt der vierjährigen Grundschule überlebt und Versuche, die Grundschulzeit zu verlängern, scheiterten bislang (Helbig & Nikolai 2015). Doch die Idee blieb, dass mit der gemeinsamen Grundschulzeit, „alle“ Kinder aller sozialen Schichten in einer Schulform zusammenkommen. Jedoch wird die Integrationsfunktion von Grundschulen in den letzten Jahren durch zwei Entwicklungen zunehmend außer Kraft gesetzt, die vor allem in städtischen Räumen auftreten: die Expansion von privaten Grundschulen und die zunehmende Wohnsegregation. Diese Entwicklungen untergraben zunehmend die Idee, dass in der Grundschule Kinder aller sozialen Schichten zusammenkommen. Die Entwicklungsbedingungen von Grundschulen werden zudem durch einen massiven Lehrkräftemangel erschwert.

1 Expansion von privaten Grundschulen

Schulpolitik in Deutschland ist aufgrund der Kulturhoheit Sache der Bundesländer, doch im Gegensatz zu allen anderen Bereichen des Schulwesens macht das Grundgesetz Vorgaben für das Privatschulwesen, die insbesondere die Grundschulen betreffen. Dass die Grundschule eine Schule für alle Kinder sein soll, spiegelt sich auch darin wider, dass die Privatschulfreiheit in Deutschland (Art. 7 Abs. 4) in Bezug auf die Grundschulen eingeschränkt wird: „Eine private Volksschule [Grundschule] ist [danach] nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.“ (Art. 7 Abs. 5 GG)

Aufgrund dieser verfassungsrechtlichen Hürden ist der Anteil privater Grundschulen unter allen Grundschulen geringer als an allen anderen Schulformen. Allerdings ist der Anteil privater Schulen von 1992 bis 2020 nirgendwo so stark angestiegen wie im Grundschulbereich. Die Zahl der privaten nicht-gymnasialen Sekundarschulen (Hauptschulen, Realschulen, Schulen mit mehreren Bildungsgängen und Gesamtschulen) vergrößerte sich in diesem Zeitraum um den Faktor 2,3, bei den Gymnasien um den Faktor 1,6 und an den Grundschulen um den Faktor 4,2 (Statistisches Bundesamt 2021). Die Expansion privater Grundschulen führte zu einer starken „horizontale[n] Differenzierung im Grundschulwesen“ (Nikolai & Helbig 2019, 300). Gründe sind zum einen ein Nachholen privater Schulgründungen in den ostdeutschen Bundesländern (Helbig, Konrad & Nikolai 2018), denn die Errichtung von Privatschulen war im DDR-Schulsystem nicht erlaubt. Zum anderen kam es zu einer starken Expansion privater Grundschulen insbesondere in Landeshauptstädten und Universitätsstädten mit z. T. Grundschulanteilen von mehr als 25 % Mitte der 2010er Jahre. In einigen Städten ist ein „Parallelsystem von öffentlichen und privaten Grundschulen“ (Nikolai & Helbig 2019, 300) entstanden. Private Grundschulen – und wir beziehen uns hier auf den städtischen Raum – spielen somit keine untergeordnete Rolle mehr im Schulsystem, wie es noch von Gabriele Bellenberg und Klaus Klemm in der vierten Auflage des vorliegenden Handbuchs charakterisiert wurde (Bellenberg & Klemm 2014).

Die überproportionale Expansion der privaten Grundschulen ist zudem durch eine überproportionale soziale Ungleichheit gekennzeichnet. Die soziale Zusammensetzung der privaten Grundschulen (nach dem sozialen Status der Eltern) entspricht in etwa jenem der Gymnasien, wohingegen öffentliche Grundschulen sozial deutlich ungünstiger zusammengesetzt sind (Klemm, Hoffmann, Maaz & Stanat 2018). Die sozialen Unterschiede zwischen privaten und öffentlichen Grundschulen zeigen sich dabei vor allem in größeren Städten (Helbig, Nikolai & Wrase 2017). Zwar besuchen immer noch nur 3,7 Prozent aller Grundschüler:innen eine private Grundschule (Statistisches Bundesamt 2021), dennoch bieten sie gerade in den größeren Städten, wo die Privatschulbesuchsquoten deutlich höher liegen, vor allem für sozial privilegierte Schichten eine Möglichkeit sich der Schule für alle zu entziehen. Private Grundschulen nehmen im deutschen Schulsystem zunehmend die Rolle eines Ausweichnetzes an („avoiding net and fallback option“, Nikolai & Helbig 2021, 2).

2 Zunahme der Wohnsegregation

Stärker als die Privatschulen sorgt aber die soziale Ungleichverteilung von Kindern innerhalb von Großstädten dafür, dass sich die Lernvoraussetzungen an Grundschulen unterscheiden. Für das Jahr 2014 zeigten Helbig und Jähnen (2018), dass es in einer Vielzahl (rund der Hälfte) der deutschen Großstädte Stadtteile gibt, in denen mehr als die Hälfte der Kinder von Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB-II) lebt. Auf der anderen Seite gibt es ebenso Stadtteile, in denen kein einziges Kind SGB-II-Leistungen bezieht. Die wohnortbezogene Segregation wirkt sich über die Einzugsgebiete der Grundschulen dementsprechend auch auf die soziale Zusammensetzung der Grundschulen aus. Soweit wir dies aus der bestehenden Forschung ableiten können, entstehen aus diesen Ungleichheiten unterschiedliche Lern- und Entwicklungsmilieus (z. B. Baumert, Stanat & Watermann 2006), die dazu führen, dass die Lernvoraussetzungen und die Lernentwicklung an den sozial benachteiligten Grundschulen ungünstiger sind als in sozial privilegierten Schulen. Gerade in den westdeutschen Städten leben in sozial benachteiligten Stadtteilen auch häufiger Kinder mit Migrationshintergrund. Dadurch gibt es nicht nur soziale Unterschiede zwischen Grundschulen, sondern auch ethnische Unterschiede.

Der Zusammenhang von sozialer und ethnischer Benachteiligung hat sich im Zuge der Fluchtzuwanderung der Jahre 2014 bis 2017 zum einen in vielen Städten verstärkt und tritt zum

anderen auch in den ostdeutschen Städten häufiger auf. Denn vor allem in den ostdeutschen und norddeutschen Großstädten (nördlich der Mainlinie) erfolgte die Fluchtzuwanderung vor allem in die Stadtteile, in denen die Armutsquoten schon 2014 hoch waren (Helbig & Jähnen 2019). Somit ist auch davon auszugehen, dass in vielen Städten überproportional viele Flüchtlingskinder in Grundschulen zu finden sind, in denen sich auch viele arme Kinder mit und ohne Migrationshintergrund befinden.

3 Lehrkräftemangel

Die Entwicklungsbedingungen von Grundschulen werden nicht nur durch die Expansion von privaten Grundschulen und eine zunehmende Wohnsegregation erschwert. Hinzu kommt seit Jahren ein massiver Lehrkräftemangel, der die Bildungsungleichheiten im Grundschulwesen verschärft. Qualifizierte Lehrkräfte bewerben sich nicht unbedingt dort, wo die Entwicklungsbedingungen der Grundschüler:innen ungünstig sind. So zeigen Helbig und Nikolai (2019), dass in Berlin der Anteil der Quereinsteiger:innen an den Grundschulen am höchsten ist, wo die meisten armen Kinder unterrichtet werden und die wenigsten Quereinsteiger:innen dort zu finden sind, wo die Armutsquoten der Schüler:innen niedrig sind. Dieser Befund bestätigt auch das aktuelle Schulbarometer der Robert Bosch Stiftung (2023). Hier gaben Schulleitungen von Schulen in sozial schwieriger Lage überproportional oft an, dass der Personalmangel für sie die größte Herausforderung an ihrer Schule darstellt.

Über die Hintergründe des überproportionalen Lehrkräftemangels an Schulen in sozial schwieriger Lage lässt sich nur spekulieren. Aber es liegt nahe, dass diese Schulen für Lehrkräfte objektiv oder subjektiv einen schwierigeren Berufsalltag mit sich bringen. Hier finden sich mehr Schüler:innen mit sozialen Problemlagen, die sich auch in Verhaltensauffälligkeiten äußern können, mehr Kinder, die die deutsche Sprache kaum beherrschen (mit und ohne Fluchtcontext) und ein höherer Anteil von Schüler:innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (der mit Armutslagen korreliert – siehe Steinmetz, Wrase, Helbig & Döttinger 2021). Ob Schulen in sozial schwieriger Lage zu wenige Bewerbungen von Lehrkräften erhalten oder ob Lehrkräfte diese Schulen häufiger verlassen, ist eine offene Forschungsfrage in diesem Kontext.

Der Lehrkräftemangel betrifft aber nicht nur Schulen in sozial schwieriger Lage, die sich vor allem in Großstädten finden. Auch (Grund-)Schulen im ländlichen Raum fehlen überdurchschnittlich Lehrkräfte, wie ein Beispiel aus Thüringen zeigt: In einer parlamentarischen Anfrage aus Thüringen (2022) ist die Unterrichtsabdeckung mit Lehrkräften für jede Thüringer Schule festgehalten. Außerhalb der Städte unter 60.000 Einwohnern erreicht die Unterrichtsabdeckung mit Lehrkräften (gemessen an den Lehrkräftebedarfen) an Grundschulen deutlich seltener 100 Prozent als in den größeren Städten. Unter Betrachtung, ob nicht einmal eine Unterrichtsabdeckung von 90 Prozent erreicht wird, werden die Stadt-Land-Unterschiede noch größer (eigene Berechnungen). Es gibt Hinweise darauf, dass dieses Beispiel zum Lehrkräftemangel in Thüringen auch in anderen Bundesländern anzutreffen ist.

4 Schlussfolgerungen

Die Grundschule nimmt im deutschen Schulsystem eine zentrale Rolle ein. Sie ist die Schulform, mit der die Schulpflicht für Kinder in Deutschland beginnt und sie soll diese trotz unterschiedlicher Bildungsvoraussetzungen und sozialer Herkunft mit Grundfertigkeiten sowie Grundkenntnissen ausstatten. Im deutschen Schulsystem ist die Grundschule die Schulform, die die meisten Reformen und Herausforderungen in ihrer Schulgeschichte zu bewältigen hatte. Stichworte sind offener Unterricht, Umgang mit zunehmender Heterogenität von Schüler:innen,

Veränderungen von Leistungsfeststellungen und -würdigung, Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Bedarf, Veränderungen der Schuleingangsphase, Förderung von Zweit- oder Mehrsprachigkeit oder Ganztagsbeschulung (Einsiedler, Martschinke & Kammermeyer 2008; Martschinke 2020). Die Wahrnehmung der Bedeutung von Grundschulen hat zugenommen, so dass einige Bundesländer mittlerweile dazu übergegangen sind, die Besoldung von Grundschullehrkräften denen der Lehrkräfte an weiterführenden Schulen anzupassen. Die Unterrichtsqualität an Grundschulen wird jedoch zunehmend erschwert. Gerade in den deutschen Großstädten kommt es, vermittelt über einen steigenden Anteil sozial privilegierter Grundschulen und über die Wohnsegregation, zu einer zunehmenden Homogenisierung sozialer Schichten. Auf der einen Seite gibt es Grundschulen mit wenigen armen Kindern, mit wenigen Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache und mit wenigen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Auf der anderen Seite gibt es Grundschulen, in denen viele Kinder diese Merkmale tragen. Konzentrieren sich diese Merkmale zu stark an einer Schule sind auch die Lernchancen der Kinder eingeschränkt und auch Lehrkräfte meiden offensichtlich diese Schulen. Dies kann in Zeiten von Lehrkräftemangel zu einer Unterversorgung mit qualifizierten Lehrkräften gerade an Schulen in sozial schwieriger Lage führen. Darüber hinaus gibt es Hinweise, dass es auch im ländlichen Raum zu einer Unterversorgung von Lehrkräften kommt. Die zunehmende Wohnsegregation und Privatschulexpansion führt (in einigen Regionen) zu einer Abkehr von der einen Schule für alle – und der Lehrkräftemangel erschwert die Entwicklungen von Grundschulen.

Literatur

- Baumert, J., Stanat, P. & Watermann, R. (2006). Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lern- und Entwicklungsmilieus. In J. Baumert, P. Stanat & R. Watermann (Hrsg.). *Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen: Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000*. Wiesbaden, 95-188. ■ Bellenberg, G. & Klemm, K. (2014). Die Grundschule im deutschen Schulsystem. In W. Einsiedler, M. Götz, A. Hartinger, F. Heinzel, J. Kahlert & U. Sandfuchs (Hrsg.). *Handbuch Grundschulpädagogik*. 4. Aufl., Bad Heilbrunn, 46-52. ■ Edelstein, B. & Nikolai, R. (2013). Strukturwandel im Sekundarbereich. Determinanten schulpolitischer Reformprozesse in Sachsen und Hamburg. *Zeitschrift für Pädagogik* 59, 482-494. ■ Einsiedler, W., Martschinke, S. & Kammermeyer, G. (2008). Die Grundschule zwischen Heterogenität und gemeinsamer Bildung. In K. S. Cortina, J. Baumert, A. Leschinsky, K. U. Mayer & L. Trommer (Hrsg.). *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland*. Reinbek bei Hamburg, 325-374. ■ Götz, M. & Vogt, M. (2019). Editorial. *Zeitschrift für Grundschulforschung* 12, 237-240. ■ Helbig, M. & Jähnen, S. (2018). Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. WZB Discussion Paper. P 2018-001. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin. ■ Helbig, M. & Jähnen, S. (2019). Wo findet „Integration“ statt? Die sozialräumliche Verteilung von Zuwanderern in den deutschen Städten zwischen 2014 und 2017. WZB-Discussion Paper P 2019-003. Berlin. ■ Helbig, M. & Nikolai, R. (2015). Die Unvergleichbaren. Der Wandel der Schulsysteme in den deutschen Bundesländern seit 1949. Bad Heilbrunn. ■ Helbig, M. & Nikolai, R. (2019). Bekommen die sozial benachteiligten Schüler die „besten“ Schulen? Eine explorative Studie über den Zusammenhang von Schulqualität und sozialer Zusammensetzung von Schulen am Beispiel Berlins. WZB-Discussion Paper. P 2019-002. Berlin. ■ Helbig, M., Konrad, M. & Nikolai, R. (2019). Entwicklung der Schulinfrastruktur in Ostdeutschland und die Rolle privater Schulen. In D. Fickermann & H. Weishaupt (Hrsg.). *Bildungsforschung mit Daten der amtlichen Statistik (DDS – Die Deutsche Schule, 14. Beiheft)*. Münster, 105-120. ■ Helbig, M., Nikolai, R. & Wrase, M. (2017). Privatschulen und soziale Frage. Wirkung rechtlicher Vorgaben zum Sonderschulverbot in den Bundesländern. *Leviathan: Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 45, 357-380. ■ Klemm, K., Hoffmann, L., Maaz, K. & Stanat, P. (2018). Privatschulen in Deutschland. Trends und Leistungsvergleiche. Berlin. ■ Martschinke, S. (2020). Bildungsdisparitäten und Bildungspotenziale in der Grundschule. In O. Köller, H. Hasselhorn, F. W. Hesse, K. Maaz, J. Schrader, H. Solga, C. K. Spieß & K. Zimmer (Hrsg.). *Das Bildungswesen in Deutschland. Bestand und Potenziale*. Bad Heilbrunn, 471-501. ■ Nikolai, R. & Helbig, M. (2019). Der (alte) Streit um die Grundschulzeit: Von Kontinuitäten und Brüchen der Kaiserzeit bis heute. *Zeitschrift für Grundschulforschung* 12, 289-303. ■ Nikolai, R. & Helbig, M. (2021). Private schools as drivers of social segregation: Why private schools should be regulated. *on_education. Journal for Research and Debate* 4(11). https://doi.org/10.17899/on_ed.2021.11.9 ■ Robert Bosch Stiftung (2023). Das Deutsche Schulbarometer. Aktuelle Herausforderungen der Schulen aus Sicht der Schulleitungen. https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/documents/2023-01/Deutsches_Schulbarometer_Schulleiterbefragung_November2022_Factsheet.pdf (Abruf am

22.2.2023). ■ Statistisches Bundesamt (Destatis) (2021). Private Schulen – Fachserie 11 Reihe 1.1 – Schuljahr 2020/21. Wiesbaden. ■ Stanat, P., Schipolowski, S., Schneider, R., Sachse, K. A., Weirich, S. & Henschel, S. (Hrsg.) (2022). IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich. Münster u. a. ■ Steinmetz, S., Wrase, M., Helbig, M. & Döttinger, I. (2021). Hält Deutschland die Menschenrechte ein? Die Umsetzung schulischer Inklusion nach der UN-Behindertenrechtskonvention auf dem Prüfstand. Eine indikatorengestützte Untersuchung mit Blick auf die sechzehn Bundesländer. Baden-Baden. ■ Thüringer Landtag (2022). Personalplanung an den staatlichen Schulen für das Schuljahr 2021/2022. Kleine Anfrage des Abgeordneten Wolf (DIE LINKE) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport. Drucksache 7/5128. https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/86000/personalplanung_an_den_staatlichen_schulen_fuer_das_schuljahr_2021_2022.pdf (Abruf am 26.10.2022).